



Die Vorsitzenden

Stephan Weinrich
Tom Unger
Carsten Büttner
Yves Schwengefelder

Marienberg, den 08. Mai 2009

Initiativantrag

Betreff: Verschärfung des Waffenrechtes – Verbot von Paintball

1. Sachverhalt

Die Spitzen der Großen Koalition haben sich auf eine Verschärfung des Waffenrechtes geeinigt. Demnach sollen Spiele wie Paintball und Laserdom künftig verboten und Verstöße mit einer Geldbuße von bis zu 5000 Euro belegt werden.

Beim Paintball, auch Gotcha genannt, stehen sich die Teilnehmer in Teams gegenüber, gut geschützt in Overalls und mit Schutzmasken und markieren sich gegenseitig mit Farbbällen. Markierte Personen scheiden so lange aus dem Spiel aus, bis ein Team keine Spieler mehr hat und verliert. Paintball wird seit einigen Jahren in Großhallen, auf stillgelegten Truppenübungsplätzen oder in abgelegenen Wäldern angeboten.

Der Personenkreis, der Paintball betreibt, reicht von Wohngemeinschaften bis hin zu Kleinfamilien und ganze Firmenabteilungen. Dabei wird neben der Teamfähigkeit und der Fähigkeit zur Kommunikation, auch das Reaktionsvermögen und die motorischen Fähigkeiten trainiert.

2. Beschlussvorschlag:

Die Junge Union Stollberg (STL), Mittleres Erzgebirge (MEK), Annaberg-Buchholz (ANA) und Aue Schwarzenberg (ASZ) sprechen sich gegen ein pauschales Verbot von Paintball sowie dessen

Ablegern aus. Stattdessen regen sie an, über eine Erhöhung des Mindestalters zur Teilnahme an diesem Spiel von 18 auf 21 nachzudenken.

Die JU STL, MEK, ANA und ASZ fordern zudem, die Thematik „Paintball-Verbot“ im Landesvorstand der Jungen Union Sachsen und Niederschlesien bzw. der CDU Sachsen zu thematisieren.

3. Begründung:

Eine Abwanderung dieser Branche ins Ausland – vornehmlich nach Polen, Tschechien und Österreich - wäre die logische Konsequenz. Durch das Verbot würde die gesamte Branche, inkl. der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze, de facto ins Ausland verlagert.

Zudem käme es zu einem „Paintball-Tourismus“. Interessenten dieses Spieles würden sich mit dem Gang ins Ausland dem Verbot und somit einer Bestrafung entziehen. Die Folge ist eine Verlagerung des Spieles in benachbarte Länder. Das Verbot würde somit sein Ziel verfehlen.

Mit der Erhöhung des Mindestalters zur Teilnahme von 18 auf 21 ergeben sich ein höherer Reifegrad der Teilnehmer und damit die Fähigkeit, trennscharf zwischen Spiel und Realität zu unterscheiden. Damit würde gleichzeitig auch dem Reiz, verbotene Dinge auszuprobieren, vorgebeugt.




Stephan Weinrich



Yves Schwengfelder



Carsten Büttner



Tom Unger